

An den Oberbürgermeister
der Stadt Wuppertal
Herrn Dipl.-Ing. Andreas Mucke
Johannes-Rau-Platz 1
42281 Wuppertal

16. Juni 2019

Einwendungen gegen den Bebauungsplan 1223

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Herr Mucke,

als betroffener Anlieger diskutiere ich seit Monaten mit den Nachbarn und weiteren Anliegern über den vorgenannten Bebauungsplan 1223.

Dazu lassen sich viele Argumente anführen, die ich durchaus relativiere, weil selbst schon vor vielen Jahren fast bis zur Verzweiflung versucht habe, einen Bauplatz zu finden. Meine Familie und ich wohnen jetzt seit 40 Jahren hier am August-Jung-Weg und fühle mich inzwischen als Wuppertaler sehr wohl in dieser Stadt. Ich habe deshalb viel Verständnis und Sympathie für das Bemühen der Stadt, geeignete Baugebiete zu definieren und bauordnungsrechtlich aufzubereiten.

Die Umstände des Zustandekommens des Bebauungsplanes haben alle Hoffnungen auf eine faire und angemessene Bürgerbeteiligung an den wichtigen Entscheidungen in Frage gestellt. Die Nähe zwischen dem Ressort Bauen und Wohnen zu dem Bauträger hat der Verwaltung und den der Politik einen Großteil ihrer Glaubwürdigkeit gekostet. Die sachlich und fundiert vorgetragenen Argumente der betroffenen Anlieger sind nur vordergründig ernst genommen worden. Die Grundzüge des Bebauungsplanes waren längst festgezurrert und man war nicht einmal in Ansätzen bereit, den Vortrag der Betroffenen fachlich und sachlich, vor allem aber ehrlich zu diskutieren. Es wurde nicht einmal der ernsthafte Versuch unternommen, einen tragfähigen Kompromiss zu diskutieren, geschweige denn, auf deutliche "Rauchzeichen" der Opponenten einzugehen.

Der Bebauungsplan verzichtet aus rein kaufmännisch motivierten Gründen auf eine Begrenzung der Grundstücksausnutzung, die eine anspruchvolle und

lebenswerte Bebauung zur Voraussetzung hätte. Die extensive Geschossflächenzahl und der Verzicht auf ausreichende Verkehrs- und Parkflächen ist nicht durch die ursprünglich als positiv zu bewertende Absicht zur Erschließung eines Einfamilienhaus-Wohngebietes bestimmt, sondern allein an den wirtschaftlichen Interessen des Bauträgers, übrigens des - soweit mir bekannt - dritten Akteurs. Ich bin bei Ihnen wohl nicht verdächtig, unternehmerische Risiken nicht ausreichend bewerten zu können, aber unsere Demokratie lebt von Interessenausgleich und Kompromissen, vor allem aber von ehrlichem Umgang miteinander!

Die verkehrstechnische Situation der Straße August-Jung-Weg ist bereits jetzt durch die zwischenzeitlich erfolgte "Verdichtung" der Bebauung an ihre Grenzen gelangt. Erste Verkehrsunfälle, auch mit Kindern, hat es gegeben, weitere werden zwangsläufig folgen. Die ausgewiesenen geringen Parkflächen im Baugebiet sind angesichts der heutigen Mobilität viel zu gering und führen zwangsläufig zu einem Parknotstand. Über die Schwierigkeiten, den Baustellenverkehr aufzunehmen, zu diskutieren, würde sich bereits bei einer Ortsbegehung erübrigen. Die vorgelegten Verkehrsgutachten sind vollständig überaltert.

Die vorhandene Kanalisation ist rundweg schon für die vorhandenen Anschlüsse nicht ausreichend. Es gibt bis heute kein belastbares Konzept für die Lösung dieses Problems.

Ich habe mich bewusst auf diese wenigen Hinweise beschränkt, da ich weiß, dass die vielfältigen weiteren Probleme des Bebauungsplanes im reichen Maße vorgetragen sind und auch qualifiziert in das Einwendungsverfahren eingeführt werden.

Die Anlieger haben ihre Interessen gebündelt und werden sich in dem weiteren Rechtsverfahren mit sachlichen und fundierten Argumenten gegen diesen Bebauungsplan zur Wehr setzen und alle Rechtsmittel ausschöpfen. Das Problem ist nicht die Deckung der vermeidbaren Rechtskosten, das wahre Problem ist vielmehr der Verlust der Glaubwürdigkeit der Verwaltung und der Politik und das in einer Zeit, in der man glaubte, auch in Wuppertal über Parteigrenzen hinweg neue Wege der Bürgerbeteiligung finden zu können.

Mit freundlichen Grüßen

